

Hilft Seitensperrung gegen üble Fotos im Internet?

Ingo Wellenreuther will Kinderpornografie effektiver bremsen

„Ich sehe keinen Grund, auf dieses Instrument zu verzichten“

Von unserem Redaktionsmitglied Kirsten Etzold

Der Karlsruher CDU-Bundestagsabgeordnete Ingo Wellenreuther plädiert dafür, sofort das Zugangserschwerungsgesetz anzuwenden, das neben der Löschung auch die Sperrung kinderpornografischer Webseiten vorsieht. Das Gesetz, das den Zugriff auf Kinderpornografie im Internet erschweren soll, ist seit Februar in Kraft. Nun müsse es auch genutzt werden, so Wellenreuther: „Es leistet immerhin einen gewissen Beitrag im Kampf gegen Kinderpornografie im Internet und ist aufgrund des Grundsatzes ‚Löschen vor Sperren‘ auch verhältnismäßig.“ Schon bei der Unterzeichnung des Gesetzes hatte Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) angekündigt, die schwarz-gelbe Bundesregierung wolle die Sperrung nicht anwenden. Sie argumentierte, dies sei kein wirksames Mittel im Kampf gegen Kinderpornografie, führe aber zu großem Vertrauensschaden bei Internetnutzern. Die Europäische Union (EU) hingegen will, dass alle Mitgliedsstaaten den Zugang zu Webseiten mit Kinderpornografie blockieren.

Jeden Tag würden 200 neue kinderpornografische Bilder ins Netz gestellt, berichten Experten. Das Herunterladen oder Anschauen von Kinderpornografie im Internet habe zur Folge, dass immer mehr Kinder vergewaltigt würden, um derartige Bilder zu produzieren. Skandinavien, Italien und Großbritannien setzen schon Blockierungssysteme ein. Tausende von Zugriffsversuchen würden so täglich gestoppt, heißt es bei der EU.

„Natürlich ist die Löschung derartiger Seiten effektiver“, unterstreicht Wellenreuther. Notwendig sei die Sperrung dennoch: „Weil der sexuelle Missbrauch von Kindern eins der abscheulichsten Verbrechen darstellt, muss der Staat alles rechtsstaatlich Mögliche unternehmen, um die Verbreitung von Bildern eines solchen Missbrauchs über das Internet zu unterbinden.“ Kinderpornografische Seiten zu löschen, sei schwierig, weil der Zugriff auf die Server weltweit nicht immer möglich ist. Die Sperrung des Zugangs zu solchen Seiten helfe, auch wenn sie technisch umgangen werden könne: „Ich sehe keinen Grund, auf dieses zusätzliche Instrument zu verzichten.“

Der Karlsruher Jurist kritisiert, dass der Koalitionsvertrag auf Wunsch der FDP festhalte, kinderpornografische Inhalte ein Jahr lang nicht zu sperren, sondern zu versuchen, auf die Löschung solcher Seiten hinzuwirken und nach Jahresfrist die Wirksamkeit dieses Vorgehens zu prüfen. „Das ist ein Fehler“, sagt Wellenreuther. Das Ergebnis sei bereits hinreichend bekannt. Mit der FDP müsse neu verhandelt werden. Bisher gebe es aber keine positiven Signale: „Mit den Liberalen ist das sehr schwierig.“

Mit seiner Position steht Wellenreuther im Einklang mit der Unions-Fraktion im Bundestag, denn die pocht ebenfalls auf eine Sperrung. „Wenn wir nicht löschen können, dann können wir doch nicht mit Achselzucken zur Tagesordnung übergehen“, sagt der Chef des Bundestags-Innenausschusses, Wolfgang Bosbach (CDU). Auch der CSU-Innenpolitiker Hans-Peter Uhl hält ein Nebeneinander von Löschen und Sperren für vorstellbar.



AN DIE KETTE LEGEN lassen sich Daten im Internet nur unzureichend. Beim Kampf gegen Kinderpornografie plädiert der Karlsruher Parlamentarier Ingo Wellenreuther deshalb dafür, die gesetzlich zulässige Sperrung von Webseiten mit solchen Bildern auch tatsächlich zu praktizieren. Foto: dpa